



# Nicht abgehängt

**Öffentlicher Dienst.** Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert für den öffentlichen Dienst Lohnerhöhungen von exakt 6 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Begründet wird die Forderung unter anderem mit einem Nachholbedarf – doch der ist schwerlich auszumachen.

Der lohnpolitische Verteilungsspielraum ergibt sich normalerweise aus dem Produktivitätswachstum plus der Inflationsrate. Zusätzlich fordern Gewerkschaften oft eine Umverteilungskomponente.

In diesem Jahr geben Produktivitätswachstum und Inflationsrate

aber nicht viel her. Ver.di begründet ihre Lohnforderungen daher mit einem branchenspezifischen Nachholbedarf:

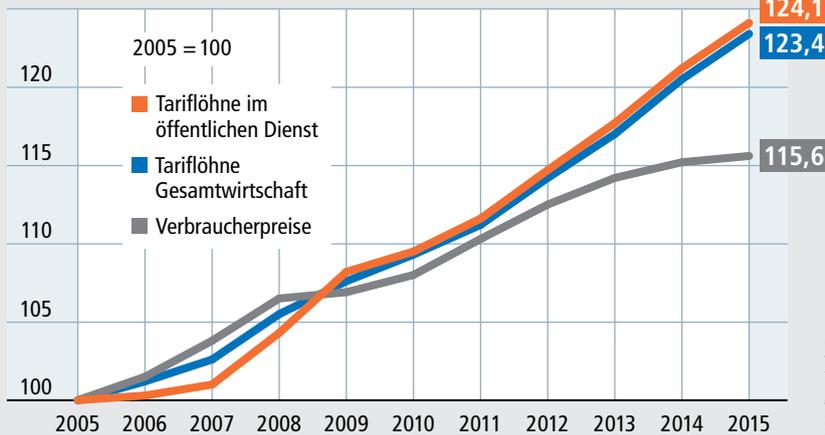
**Die Tariflohnentwicklung im öffentlichen Dienst liege im Vergleich zum Durchschnitt der Gesamtwirtschaft weiterhin zurück.**

Weil jeder fünfte Beschäftigte des öffentlichen Diensts demnächst in den Ruhestand gehe – so ver.di-Chef Frank Bsirske weiter –, müssten Bund und Kommunen im Wettbewerb um die besten Fachkräfte mithalten können. Die Lohnlücke zwischen Staat und Privatwirtschaft müsse daher schnellstmöglich geschlossen werden. Dies sei angesichts sprudelnder Steuereinnahmen auch finanzierbar.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hält dagegen: Die Lohnforderung würde allein die Kommunen mit 5,6 Milliarden Euro belasten und deren Schulden weiter in die Höhe treiben. Ein Nachholbedarf bestehe nicht. Seit dem Jahr 2008 seien die Tariflöhne im öffentlichen Dienst sogar schneller gewachsen als in der Gesamtwirtschaft.

Dass es zuvor einige magere Jahre für die Amtsdienerschaft gab, bestreitet niemand. Allerdings war die Entwicklung in den Jahren 2004 bis 2007 der großen Tarifrechtsreform im öffentlichen Dienst geschuldet. →

## Öffentlicher Dienst: Kein Nachholbedarf



Tariflöhne: je Stunde einschließlich Urlaubsgeld, Jahressonderzahlung und vermögenswirksamer Leistungen  
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Meelen · iwd 15

## Inhalt

**Bosnien und Herzegowina.** Bevor der Balkanstaat der EU beitreten kann, sind noch viele Probleme zu lösen – zum Beispiel im Hinblick auf die Verfassung.  
Seite 3

**Brexit.** Sollten die Briten am 23. Juni für einen Austritt aus der EU stimmen, würden ihnen auch die Freiheiten des europäischen Binnenmarktes verloren gehen.  
Seite 4-5

**IW-Regionalranking.** Viele Städte und Kreise in Deutschland schneiden sowohl hinsichtlich ihres Leistungsniveaus als auch ihrer wirtschaftlichen Dynamik entweder besonders gut oder ziemlich schlecht ab.  
Seite 6-7

**Einkommenssteuer.** Eine automatische Prüfung der Einkommenssteuererklärung könnte für die Steuerpflichtigen auch Nachteile haben.  
Seite 8

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchhoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Gewerkschaften und Arbeitgeber waren sich damals einig, mit der Einführung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) mehr Leistungsanreize zu setzen. Außerdem wollten sie den Staat als Arbeitgeber konkurrenzfähig für den Wettbewerb mit privaten Dienstleistern machen.

Deshalb wurden die früher gezahlten Altersprämien abgeschafft und die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten aufgehoben. Des Weiteren wurde die Lohntabelle so umgestaltet, dass es für die Kommunen seitdem finanziell günstiger ist, Dienstleistungen in Eigenregie anzubieten, statt sie an private Anbieter auszulagern.

Doch selbst unter Einbeziehung dieser Reform, die zum Teil auch mit Gehaltseinbußen verbunden war, ergibt sich für den öffentlichen Dienst keinerlei Nachholbedarf (Grafik Seite 1):

**Im öffentlichen Dienst sind die Tariflöhne je Stunde seit 2005 um insgesamt 24 Prozent gestiegen, verglichen mit 23 Prozent in der Gesamtwirtschaft.**

Diesen Nominallohngewinnen steht eine Teuerung von nur knapp 16 Prozent gegenüber. Der öffentliche Dienst hat also bei den Lohnrunden nicht nur überdurchschnittlich gut abgeschnitten. Seine Beschäftigten haben auch real mehr Geld in der Tasche als früher.

Auch den direkten Vergleich mit anderen Branchen brauchen Bsirke und andere Gewerkschaftschefs nicht zu scheuen. Ungelernte Arbeitskräfte steigen im TVöD mit monatlich 1.671 Euro ein. Das ist zwar deutlich weniger als in der Chemischen Industrie (2.071 Euro in der Tarifregion Nordrhein), aber mehr als im Einzelhandel (1.524 Euro in NRW) oder im Hotel- und Gastgewerbe (1.499 Euro in NRW).

Mit abgeschlossener Berufsausbildung sieht der Vergleich ähnlich aus. Wer eine mindestens dreijährige Ausbildung vorweisen kann, verdient beim Staat als nicht studierter Fachinformatiker bis zu 3.097 Euro im Monat (Entgeltgruppe 8). In der Entgeltgruppe 4 kommt ein Fahrer auf bis zu 2.610 Euro. Diese Werte reichen an das sehr breite Spektrum von Facharbeiterlöhnen heran und sind höher als in vielen Dienstleistungsbranchen. Im Einzelhandel zum Beispiel bekommt eine Verkäuferin nur 2.423 Euro im Monat.

Der öffentliche Dienst bietet also nicht nur vergleichsweise sichere Arbeitsplätze, sondern er bezahlt auch ordentlich. Je mehr ver.di von seiner 6-Prozent-Forderung durchsetzt, desto stärker geraten die Kommunen unter Druck. Die Bürger werden dies durch kürzere Öffnungszeiten, längere Wartezeiten oder höhere Gebühren zu spüren bekommen.

## Neues auf „Make it in Germany“

Seit 2012 finden qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland, die in Deutschland arbeiten möchten, alle wichtigen Informationen dazu auf dem Internetportal „Make it in Germany“ – jetzt auch auf Französisch. Neu ist zudem die Rubrik „Visum“.

Wer sich mit dem Thema Visum beschäftigt, muss normalerweise viel recherchieren. Wer braucht überhaupt ein Visum? Welche Arten von Visa gibt es? Wie und wo beantragt man ein Visum? Für ausländische Fachkräfte, die in Deutschland arbeiten wollen, ist die Sache wesentlich einfacher: Auf [www.make-it-in-germany.com](http://www.make-it-in-germany.com) werden nicht nur alle Fragen zum Thema Visa beantwortet, man findet auch gleich die passenden Antragsformulare in verschiedenen Sprachen sowie die jeweiligen Kontaktdaten der Ansprechpartner vor Ort – und das für rund 200 Länder. Zudem bietet das Portal eine grafische Darstellung des gesamten Visumsverfahrens. „Make it in Germany“ bündelt darüber hinaus alles Wissenswerte zum Leben und Arbeiten in Deutschland. Zum Angebot gehören unter anderem eine Jobbörse, Tipps zu Existenzgründungen, Branchenportraits und umfangreiche Informationen zum deutschen Arbeitsmarkt. Wer will, kann sich aber auch ein Bild davon machen, wie die Menschen in Deutschland heute leben, welche Freizeit-



angebote es gibt oder wie viele Brot- und Biersorten die Deutschen kennen.

Alle Infos gibt es auf Deutsch, Englisch, Spanisch – und jetzt auch auf Französisch; Kurzversionen darüber hinaus auch in sieben weiteren Sprachen.

Das Informationsportal „Make it in Germany“ ist Teil der Fachkräfteoffensive des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie der Bundesagentur für Arbeit. Das Portal wird vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in Zusammenarbeit mit der IW Medien umgesetzt.

[make-it-in-germany.com](http://make-it-in-germany.com)

# Viel zu tun

**Bosnien und Herzegowina.** Mitte Februar hat der Balkanstaat die Mitgliedschaft in der EU beantragt. Die Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllt das Land aber noch lange nicht.

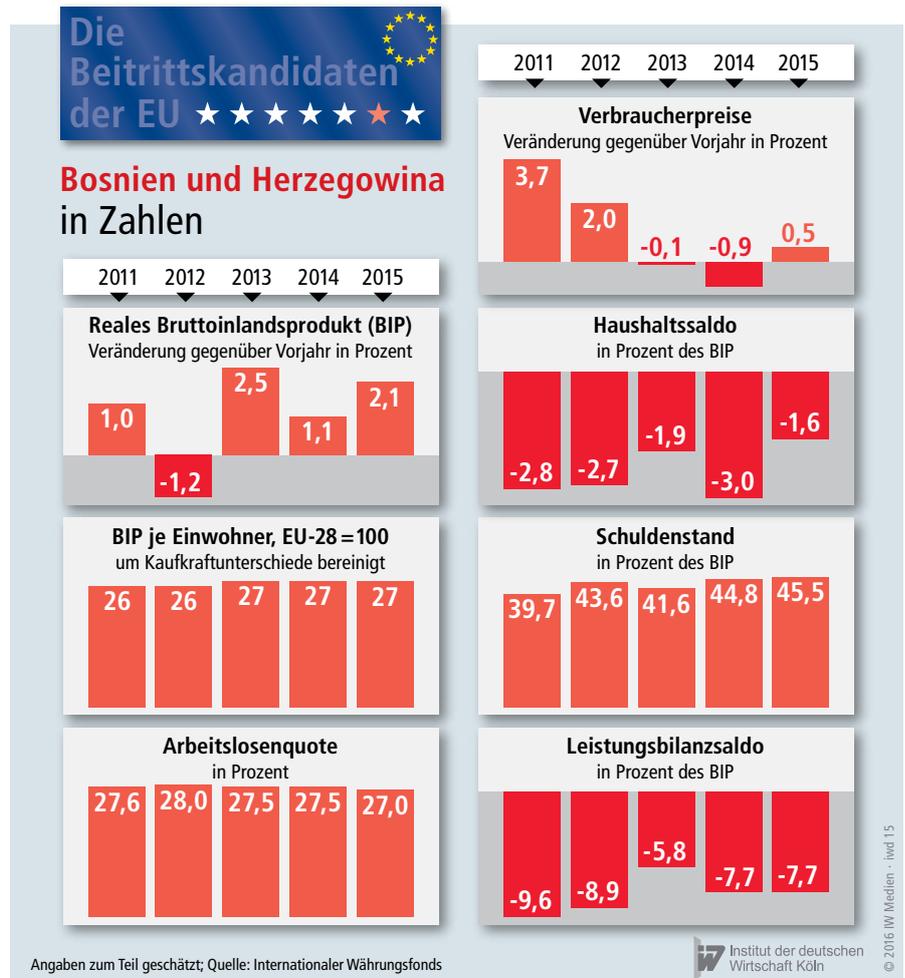
Gut 20 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs in Bosnien und Herzegowina hat der Mehrvölkerstaat nun den Beitrittsantrag gestellt. Damit ist das Land noch kein offizieller Kandidat, es hat aber eine Beitrittsperspektive.

Wirtschaftlich befindet sich Bosnien und Herzegowina nach Einschätzung der EU-Kommission „in einem frühen Stadium“ des Aufbaus einer funktionierenden Marktwirtschaft. Das Land ist zudem derzeit kaum in der Lage, dem Wettbewerbsdruck in der EU standzuhalten. Ein Indikator dafür ist die sehr hohe Arbeitslosigkeit von schätzungsweise 27 Prozent (Grafik).

**Noch viel höher ist die Arbeitslosenquote bei den 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen – 63 Prozent von ihnen hatten 2014 keinen Job. Der EU-Durchschnitt lag bei 22 Prozent.**

Zugleich ist die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) an der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren, mit knapp 60 Prozent relativ niedrig. Zum Vergleich: Im Durchschnitt der 28 EU-Staaten liegt die Quote bei rund 77 Prozent.

Die meisten Beschäftigten – etwas mehr als die Hälfte – arbeiten im Dienstleistungssektor, gefolgt von der Industrie mit 22 Prozent. In der Landwirtschaft sind gut 17 Prozent tätig und auf das Baugewerbe entfallen 8 Prozent der Beschäftigten.



Um die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, empfiehlt die EU-Kommission, die starren Arbeitsmarktstrukturen zu lockern und die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeit zu senken. Einer Studie des Internationalen Währungsfonds zufolge könnten die Geldüberweisungen von im Ausland arbeitenden Verwandten mitverantwortlich sein für die hohe Arbeitslosigkeit. Im Jahr 2014 beliefen sich diese Überweisungen auf fast 2 Milliarden Euro, also gut 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Gemessen am EU-Durchschnitt liegt das BIP je Einwohner – um Kaufkraftunterschiede bereinigt – gerade mal bei gut einem Viertel. Bosnien und Herzegowina zählt damit neben Albanien und dem Kosovo zu den ärmsten Ländern des Westbalkans.

Etwas besser fällt das Urteil der EU-Kommission hinsichtlich einiger politischer Kriterien aus: Beim Justizsystem und der Bekämpfung der Korruption seien die Vorbereitungen auf den EU-Beitritt immerhin auf „einem gewissen Stand“.

Deutliche Kritik gibt es an der Verfassung des Landes: Bereits 2009 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt, die bosnische Verfassung verstoße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Die geforderte Reform kam aber nicht zustande. Denn Bosniaken (sie stellen 48 Prozent der Bevölkerung), Serben (33 Prozent) und Kroaten (15 Prozent) haben ganz unterschiedliche Interessen – zum Beispiel wenn es darum geht, wie politische Kompetenzen auf die verschiedenen staatlichen Ebenen verteilt werden sollen.

# Britischer Bumerang—

**Brexit.** Der Tag der Wahrheit rückt näher: Am 23. Juni stimmen die Briten darüber ab, ob sie aus der Europäischen Union austreten. Damit gingen ihnen auch die Freiheiten des Binnenmarktes verloren – ein hoher Preis.

Freier Verkehr von **Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen** – das sind die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes. Übersetzt bedeuten sie: keine Zölle und sonstigen Handelshemmnisse innerhalb der EU, unbeschränkte grenzüberschreitende Investitionen und Transfers von Wertpapieren sowie freie Wahl des Arbeitsorts. Auf all das müsste Großbritannien verzichten, wenn die Volksabstimmung Ende Juni zugunsten des Brexits endet – und wenn die Verhandlungen mit der EU über die Modalitäten des Austritts keine britische Sonderlösung ergeben. Alternativen dazu wären:

- **Das Modell Norwegen.** Das skandinavische Nichtmitglied der EU hat über den **Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** Zugang zum Binnenmarkt, wie auch Island und Liechtenstein. Das hat jedoch seinen Preis: Norwegen muss einen finanziellen Beitrag zum EU-Haushalt leisten, darf aber nicht über die Spielregeln des Binnenmarktes mitbestimmen. Und Zollformalitäten fallen trotzdem an.
- **Das Modell Türkei.** Der Mitgliedschaftsanwärter vom Bosphorus ist der EU schon heute über eine **Zollunion** verbunden. Sie ermöglicht ausschließlich den freien Warenverkehr. Der für Großbritannien so wichtige Bereich der Finanzdienstleistungen stünde nach dieser Variante vor dem Binnenmarkt-Aus. Ansonsten bliebe Großbritannien nur seine Mitgliedschaft in der **Welthandelsorganisation (WTO)**. Doch nach deren Spielregeln würden britische Produkte mit den gleichen Zöllen belastet, die die EU allen Importen aus jenen WTO-Ländern auferlegt, die nicht zum gemeinsamen Wirtschaftsraum gehören – sicherlich die schlechteste Option.



## Der britische Beitrag schwankt

in Millionen Euro

### EU-FINANZEN

	Bruttobeitrag an den EU-Haushalt	Rückflüsse aus dem EU-Haushalt	Nettobeitrag	in Prozent des BIP
2010	14.659	6.746	7.914	0,44
2011	13.825	6.570	7.255	0,39
2012	16.177	6.934	9.244	0,45
2013	17.068	6.308	10.760	0,53
2014	14.072	6.985	7.088	0,31

BIP: Bruttoinlandsprodukt; Ursprungsdaten: EU-Kommission

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 15

## Die Multikulti-Insel

So viele ... lebten 2014 im Vereinigten Königreich, in 1.000

### MENSCHEN



... Einwohner insgesamt  
**64.308**



darunter:

Polen	748
Iren	337
Litauer	163
Franzosen	156
Portugiesen	146
Italiener	137
Rumänen	137
Deutsche	128
Spanier	93
Letten	90
Ungarn	74



darunter:

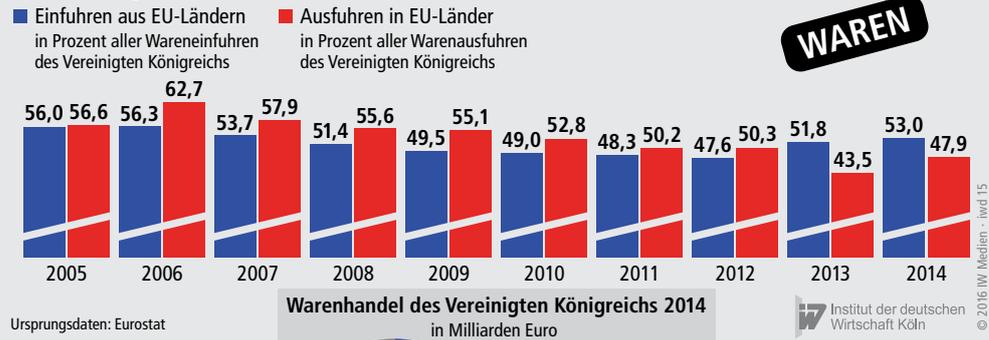
Inder	348
Pakistani	197
US-Amerikaner	140
Nigerianer	110
Chinesen	92
Südafrikaner	81

EU-Bürger: aus der EU-28 ohne Vereinigtes Königreich; Länderauswahl: größte Einwandergruppen; Quelle: Eurostat

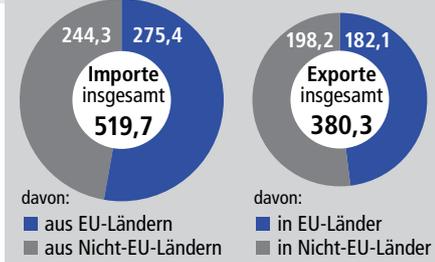
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwd 15 - Illustration: Kirill Makarov - Fotolia.com

## Handelspartner Großbritannien und EU



### Warenhandel des Vereinigten Königreichs 2014 in Milliarden Euro



## Die Finanzwelt tickt britisch

Dienstleistungshandel des Vereinigten Königreichs mit EU-Ländern in Millionen Euro

**Dienstleistungen**

	Exporte	Importe	Saldo
<b>Insgesamt</b>	<b>104.517</b>	<b>78.703</b>	<b>25.815</b>
Finanzdienstleistungen	23.052	4.197	18.855
Versicherungs- und Altersversicherungsleistungen	7.188	450	6.738
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	23.000	17.758	5.242
Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	5.888	2.700	3.188
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	10.171	7.363	2.809
Transportleistungen	14.754	12.862	1.892
Fertigungsleistungen an Waren anderer Eigentümer	1.494	494	1.001
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit	675	394	282
Bauleistungen	1.228	2.220	-992
Reiseverkehr	15.021	27.802	-12.781

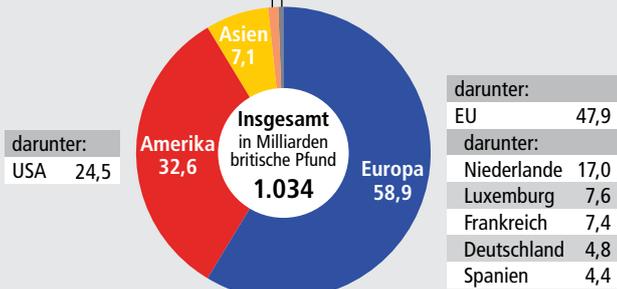
Rest zu Insgesamt: sonstige Dienstleistungen; Fertigungsleistungen an Waren anderer Eigentümer: z. B. Verarbeitung, Montage, Etikettierung, Verpackung; Quelle: Eurostat



## Die Welt investiert in Großbritannien ...

So viel Prozent der Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich stammten im Jahr 2014 aus diesen Ländern

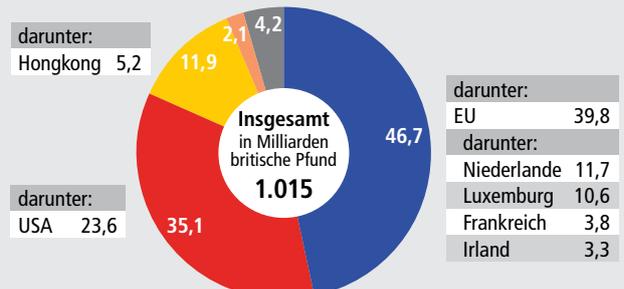
Australien und Ozeanien 1,2, Afrika 0,3



Direktinvestitionen: Bestand, Gesamtwert der unternehmerischen Kapitalanlagen im Ausland, zum Beispiel Niederlassungen und Produktionsstätten  
 Ursprungsdaten: Office for National Statistics

## ... und Großbritannien in der Welt

So viel Prozent der Direktinvestitionen des Vereinigten Königreichs waren 2014 in diesen Ländern angelegt



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

# Herausforderungen 4.0

**IW-Regionalranking.** Das Gefälle in Deutschland ist groß: Einerseits gibt es viele Städte und Kreise, die sowohl beim Leistungsniveau als auch bei der wirtschaftlichen Dynamik glänzen, andererseits schneiden etliche Städte in beiden Rankings schlecht ab. Alle Regionen stehen jedoch vor der Aufgabe, stärker auf Digitalisierungskurs zu gehen.

Die Regionen in Deutschland müssen sich immer stärker dem internationalen Wettbewerb stellen. Wer mithalten will, muss vor allem eine funktionierende Infrastruktur vorweisen, innovative Unternehmen an sich binden und gut ausgebildeten Fachkräften eine Perspektive bieten.

Wie leistungsfähig die 402 deutschen Städte und Kreise sind, untersucht das Regionalranking der Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult in den Bereichen Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Lebensqualität. Regelmäßig erstellt die IW Consult in diesem Rahmen ein Ranking zum aktuellen Stand (Niveauranking) sowie zur regionalen Entwicklung (Dynamikranking). Darüber hinaus verdeutlicht das Ranking 2016 insbesondere, dass die Kluft zwischen den Regionen wächst – viele starke Regionen haben sich seit 2009 weiter deutlich verbessert, in ohnehin schwachen Kreisen war auch die Dynamik zuletzt oft gering (Grafik):

**152 Städte und Landkreise schneiden sowohl bei der Bewertung ihres aktuellen Leistungsniveaus als auch ihrer wirtschaftlichen Dynamik überdurchschnittlich ab – 158 Regionen liegen dagegen in beiden Teilrankings unter dem Schnitt.**

Auffällig ist zudem, dass sich starke und schwache Städte und Landkreise jeweils in bestimmten Gebieten konzentrieren:

**Die erfolgreichen Regionen** liegen überwiegend in Süddeutschland. Sie profitieren vor allem von einem starken Forschungs- und Entwicklungsumfeld sowie von innovativen, exportstarken Firmen. Zu den bestplatzierten Regionen zählen die Automobilstandorte Dingolfing-Landau mit BMW sowie Ingolstadt mit Audi, aber auch die Stadt München und der dazugehörige Landkreis.

**Im Niveauranking aller 402 deutschen Regionen liegt der Landkreis München sogar auf Platz eins.**

Zu verdanken ist dies neben der Nähe zur bayerischen Metropole einer gezielten Standortförderung und vielen Initiativen zur Bildung sogenannter Firmencluster, die den Landkreis zum wichtigsten deutschen Biochemie-Standort gemacht haben. Das schlägt sich im IW-Ranking vor allem in den Kategorien Wirtschaftsstruktur (Platz zwei) und Arbeitsmarkt (Platz sechs) nieder.

Dass die Stärke eines Wirtschaftszentrums auf benachbarte Kreise ausstrahlt, ist auch anderswo zu beobachten. Zum Beispiel profitiert der niedersächsische Landkreis Gifhorn von der Nähe zur Automobilhochburg Wolfsburg und den nahe gelegenen Großstädten Hannover und Braunschweig. Deshalb haben sich im Kreis Gifhorn zahlreiche Automobilzulieferer und Fahrzeugdienstleister angesiedelt, was der Region aktuell immerhin Rang 115

im Niveauranking und sogar Rang acht im Dynamikranking beschert.

In ähnlicher Weise profitiert der niedersächsische Landkreis Harburg vom nahen Hamburg. So ist Harburg Mitglied in einem Netzwerk für Technologie und Transfer, das Unternehmen und Hochschulen in der Metropolregion Hamburg zusammenbringt. Außerdem hat der Landkreis erfolgreiche Initiativen zur Firmengründung gestartet. Unterm Strich heißt das: Platz 59 im Niveau- und Platz 32 im Dynamikranking.

## IW-Regionalranking: Glanzlichter und Problemfälle

Das IW-Regionalranking 2016 beurteilt die Leistungsfähigkeit der deutschen Regionen anhand von 14 Indikatoren in den drei Bereichen Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Lebensqualität. Dabei werden sowohl der aktuelle Datenstand (Niveauranking) als auch die Entwicklung seit 2009 (Dynamikranking) berücksichtigt.

Durchschnittliche Punktzahl im Niveau- und Dynamikranking, niedrigstmöglicher Wert = 0, höchstmöglicher Wert = 100

Die besten zehn Regionen	Die schlechtesten zehn Regionen
Dingolfing-Landau, Landkreis <b>61,3</b>	Mansfeld-Südharz, Landkreis <b>43,7</b>
Wolfsburg, kreisfreie Stadt <b>60,8</b>	Bottrop, kreisfreie Stadt <b>43,7</b>
Ingolstadt, kreisfreie Stadt <b>60,4</b>	Dortmund, kreisfreie Stadt <b>43,5</b>
München, Landkreis <b>59,4</b>	Hamm, kreisfreie Stadt <b>42,9</b>
München, kreisfreie Stadt <b>59,2</b>	Oberhausen, kreisfreie Stadt <b>41,9</b>
Starnberg, Landkreis <b>58,7</b>	Neumünster, kreisfreie Stadt <b>41,5</b>
Eichstätt, Landkreis <b>57,9</b>	Wilhelmshaven, kreisfreie Stadt <b>40,5</b>
Regensburg, kreisfreie Stadt <b>56,5</b>	Frankfurt (Oder), kreisfreie Stadt <b>40,5</b>
Landshut, kreisfreie Stadt <b>56,4</b>	Gelsenkirchen, kreisfreie Stadt <b>40,2</b>
Bodenseekreis <b>56,3</b>	Duisburg, kreisfreie Stadt <b>39,8</b>

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

**Die schlechter bewerteten Regionen** im IW-Ranking finden sich vor allem in Ostdeutschland sowie im Ruhrgebiet, das mit Duisburg das derzeitige Schlusslicht beheimatet. Aber auch in Norddeutschland haben einige Städte und Kreise mit erheblichen Problemen zu kämpfen. So zählt Neumünster sowohl im Niveau- als auch im Dynamikranking zu den Letztplatzierten. Besonders bei der Lebensqualität, die das IW-Ranking unter anderem anhand des Anteils naturnaher Flächen und der Ärztedichte bewertet, schneidet die Stadt in Schleswig-Holstein schlecht ab. Vor allem jüngere Menschen kehren daher Neumünster den Rücken,

sodass eine wesentliche Aufgabe für die Region darin besteht, den Fachkräftenachwuchs zu sichern.

Sich auf Lorbeeren auszuruhen, kann sich aber keine der 402 Regionen leisten. Viel zu tun gibt es vor allem in Sachen Digitalisierung und Industrie 4.0 (vgl. iwD 22/2014). Derzeit befassen sich erst 15 Prozent aller deutschen Industrieunternehmen aktiv mit diesem Thema. Daraus ergeben sich für die Regionen drei zentrale Herausforderungen:

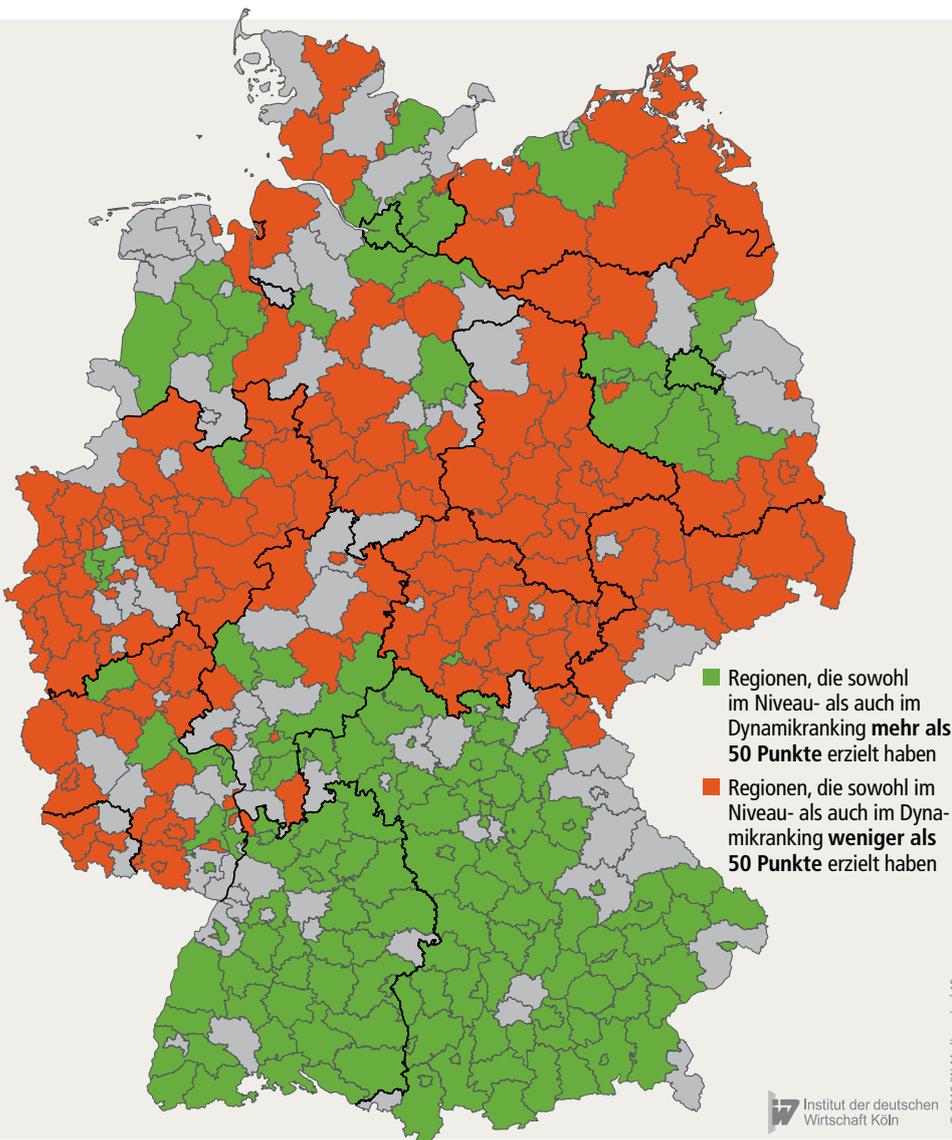
### 1. Rahmenbedingungen verbessern.

Ohne schnelles Internet lässt sich die Digitalisierung der Wirtschaft nicht vorantreiben. Die Bundesregierung nimmt zwar für ihre Breitbandstra-

ategie rund 2 Milliarden Euro in die Hand, damit in Deutschland 2018 flächendeckend mit 50 Megabit pro Sekunde gesurft werden kann (vgl. iwD 13/2016). Doch gerade in ländlichen Regionen dürften die Fördermittel kaum ausreichen, sodass die Landkreise zusätzliche Initiativen starten und eigenes Geld beisteuern müssen, um bei der Breitbandversorgung nicht abgehängt zu werden.

**2. Wissenstransfer erleichtern.** Damit vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) leichter Zugang zu den Erfahrungen anderer Firmen sowie zur Expertise wissenschaftlicher Einrichtungen bekommen, sind regionale Institutionen als Vermittler gefragt. Zum Beispiel können die Industrie- und Handelskammern vor Ort einem KMU Gesprächspartner in Unternehmen derselben Branche nennen, die bereits erfolgreich mit regionalen Forschungseinrichtungen kooperieren.

**3. Förderprogramme nutzen.** Speziell im Bereich Industrie 4.0 ist das Angebot mittlerweile groß. So unterstützen seit Ende 2015 die vom Bundeswirtschaftsministerium initiierten Mittelstands-Kompetenzzentren kleine und mittlere Unternehmen in Berlin, Darmstadt, Dortmund, Hannover und Kaiserslautern auf ihrem Weg in die digitale Produktion. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl anderer Programme – etwa im Rahmen des Europäischen Sozialfonds. Die Chancen, solche Fördermittel zu bekommen, sind am größten, wenn Unternehmen und regionale Verwaltung beim Antrag an einem Strang ziehen.



Eine interaktive Karte mit Informationen zu allen Regionen in Deutschland sowie detaillierte Daten zum Niveau- und Dynamikranking sind abrufbar unter: [iwconsult.de/regional](http://iwconsult.de/regional)

# Fallstricke der Automatisierung

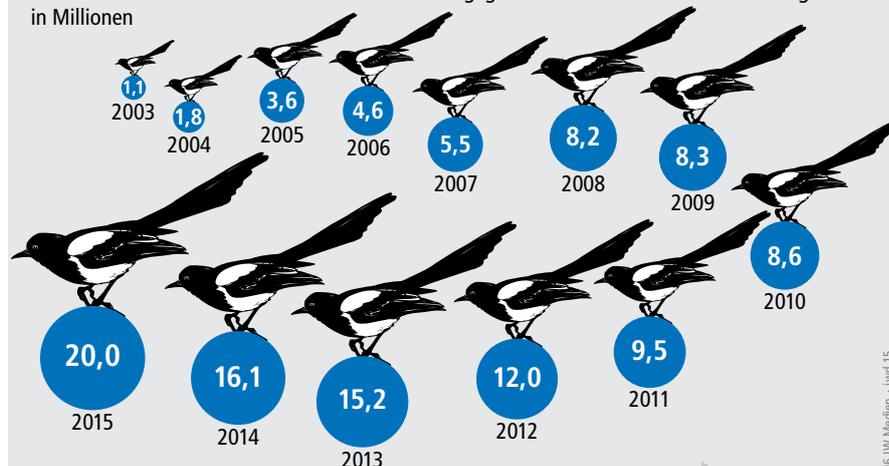
**Einkommenssteuer.** Künftig sollen unkomplizierte Einkommenssteuererklärungen automatisch geprüft werden, ohne dass sich ein Finanzbeamter Zahlen oder Belege anschaut. Was nach weniger Bürokratie und schnellerer Bearbeitung klingt, birgt allerdings auch einige Tücken.

Um die oft monatelange Wartezeit zwischen der Abgabe der Einkommenssteuererklärung und dem Erhalt des Steuerbescheids zu verkürzen, sollen Standardfälle in Zukunft vollautomatisch bearbeitet werden. Ziel des automatisierten Steuervollzugs ist es, das ganze Verfahren zu beschleunigen und die bundesweit rund 180.000 Mitarbeiter der Finanzverwaltung zu entlasten. Das dafür erforderliche Gesetz soll bereits Anfang 2017 in Kraft treten und schrittweise bis 2022 umgesetzt werden.

Bereits heute helfen viele Steuerpflichtige den Finanzbeamten, in-

## Steuererklärung: Papierlos liegt im Trend

Zahl der über die Software ELSTER elektronisch abgegebenen Einkommenssteuererklärungen in Millionen



Quellen: Bitkom, ELSTER

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien - iwed 15

dem sie ihre Einkommenssteuererklärung per Mausklick an das Finanzamt schicken (Grafik):

**Im vergangenen Jahr gingen bei den Finanzämtern 20 Millionen elektronische Steuererklärungen ein – 2014 waren es erst 16 Millionen.**

Im Schnitt benötigen die Bundesbürger zwischen zwei und fünf Stunden für diese Form der Steuererklärung – nur in Österreich und Südkorea dauert es noch länger. Um das Prozedere zu vereinfachen, sollen künftig Belege wie beispielsweise Spendenquittungen nicht mehr per Post an das Finanzamt gesendet, sondern vom Steuerpflichtigen nur noch vorgehalten werden.

Einige der geplanten neuen Steuerregeln haben allerdings auch ihre

Tücken: So sollen Steuerzahler künftig Verspätungszuschläge bei Fristverletzungen automatisch statt nach Ermessen zahlen müssen, 50 Euro pro Monat wären dann mindestens fällig – selbst für den Fall, dass eigentlich gar keine Steuernachzahlung ansteht. Zudem sollen die Strafzuschläge auch in Zeiten der Nullzinspolitik weiterhin mit 6 Prozent verzinst werden.

Heikel wird es auch bei inhaltlichen Diskrepanzen. Wenn die Angaben des Steuerpflichtigen von den Angaben Dritter – etwa einer Versicherung – abweichen, glaubt das Finanzamt zunächst automatisch dem Dritten. Erst ein mühseliger Einspruch des Steuerzahlers kann die Sache dann klarstellen.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.